

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

November 2002



Rot-grüne Rosstäuscher

Für den wirtschaftlichen Aufschwung war Rot-Grün die falsche Wahl. Wer das nicht deutlich sagt, muss blind sein für das, was wirtschafts- und sozialpolitisch zu tun und zu lassen wäre. Zu oft verzichtet die Regierung auf das Angemessene und tut das Falsche. Um Deutschland wieder nach vorn zu bringen, müssten unternehmerische Initiative, Kapitalbildung in breiten Schichten der Bevölkerung

und mehr Eigenverantwortung in der Daseinsvorsorge wenn nicht gefördert, dann doch wenigstens ungehindert zugelassen werden. Was das für die Steuerpolitik, für den Staatsanteil, für die Reformen des Arbeitsmarktes und der Sozialsysteme bedeutet, steht in zahllosen Gutachten.

Die Regierung macht genau das Gegenteil dessen, was die Experten empfehlen. Sie erhöht den Staatsanteil durch steigende Schulden. Sie zieht die Steuerschraube an. Sie betreibt Flickschusterei bei den Sozialsystemen durch höhere Beitragssätze und steigende Pflichtgrenzen – es ist, als hätte die Koalition eine perverse Maximierungsaufgabe gelöst: Bündele alle Risiken, die geeignet sind, den nächsten Aufschwung zu erschweren!

Schon die Sprache, in der sie ihr Programm anbietet, ist entlarvend. Die Sprache Ludwig Erhards war die Sprache der Ermunterung und der Zuversicht. Seine Botschaft von Freiheit und Wettbewerb gab den Menschen Vertrauen, und das Vertrauen wurde zum Stimulans des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs. Karl Schiller verband die Verkündigung grundlegender Wahrheiten – „Stabilität ist nicht alles, aber ohne Stabilität ist alles nichts“ – mit einer absichtsvoll ins Akademische gehobenen Erläuterung seiner Politik. Er erwarb sich und den Sozialdemokraten damit das Zutrauen von Bevölkerungsschichten, die nie von ökonomischer Kreislaufanalyse gehört hatten.

Erhard und Schiller lassen sich nicht nachahmen. Aber was Fritz Kuhn und Franz Müntefering als Arbeitsplan verkünden, klingt nach Rosstäuscherei: Die steigende Neuverschuldung wird als „atmende Konsolidierung“, das Ende des europäischen Stabilitätspaktes als dessen „flexible Wachstumsorientierung“ gefeiert, Steuererhöhungen werden zum „Abbau ungerechtfertigter Privilegien“ erklärt, und mit fortdauernder Subventionierung des Steinkohlebergbaus ist die Regierung strikt auf „Modernisierungskurs“.

Das ist nicht nur belustigend oder ärgerlich: Es geht um den Arbeitsplan einer Regierung, die für vier Jahre die Zukunft der größten Nationalwirtschaft der EU bestimmen wird.

Hans D. Barbier

Auf nach Amerika

Der Essener Bergbaukonzern RAG AG schickt deutsche Bergleute als Gastarbeiter in die USA. Wie der Konzern im Juli 2002 mitgeteilt hat, werden in diesem Jahr die ersten sechs Bergleute mit ihren Familien übersiedeln. Bei erfolgreichem Verlauf des Pilotprojektes sollen in den kommenden Jahren weitere Familien folgen. Die Bergleute aus dem Ruhrgebiet werden auf amerikanischen Zechen beim Tochterunternehmen RAG Coal International beschäftigt. Projektziel ist es laut RAG, „den deutschen Arbeitsmarkt zu entlasten.“

www.rag.de
www.zeit.de/27/2002/Wirtschaft

Wenig Lust auf politisches Engagement

Junge Erwachsene sind immer weniger an Politik interessiert. Das offenbart die 14. Shell Jugendstudie: 56 Prozent finden politisches Engagement unwichtig, nur ein gutes Drittel hält es für wichtig. Der Anteil der politisch Interessierten im Alter von 15 bis 24 Jahren lag im 1984 bei 55 Prozent und stieg bis 1991 auf 57 Prozent. 1996 sank die Quote auf 47 Prozent, verringerte sich bis 1999 auf 43 Prozent und ist mittlerweile auf 34 Prozent abgesackt.

Vor diesem Hintergrund überraschen andere kritische Urteile kaum: 37 Prozent der

Jugendlichen sagen, dass keiner der Parteien die drängendsten Probleme bewältigen kann. Ernüchternd sind auch die Antworten auf die Frage nach der Zufriedenheit mit dem demokratischen System in Deutschland: Die Quote der „eher“ bzw. „sehr Unzufriedenen“ beträgt bundesweit 33 Prozent, in den neuen Bundesländern sind es sogar gut 50 Prozent.

Die Ursachen für den drastische Rückgang sind nicht eindeutig feststellbar. Wenn die Politik sich allerdings auf Dauer konzeptions- und perspektivlos präsentiert – wie soll dann Zustimmung zur Politik gewonnen werden?

Die Studie ist unter dem Titel „Jugend 2002 – Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus“ im Buchhandel erhältlich (Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/Main, ISBN-Nr. 3-596-15849-4).

www.shell-jugendstudie.de

Prinzip Hoffnung

Während große Konzerne derzeit fast im Wochenrhythmus neue Massenentlassungen melden, halten Mittelständler ihre Mitarbeiter. Nur jede zehnte Firma plant, wegen der schlechten Konjunktur Arbeitskräfte zu entlassen. 85 Prozent der Unternehmer schließen betriebsbedingte Kündigungen bis mindestens Februar 2003 aus. Fünf Prozent sind unsicher, ob sie ihre Belegschaftsstärke beibehalten können. Am sichersten scheinen Arbeitsplätze bei ▶

Dienstleistern und bei den freien Berufen: Dort wollen nur sieben bzw. fünf Prozent der Arbeitgeber Mitarbeiter entlassen.

www.forsa.de

Ausbildungsplätze

Ende 2001 erlernten 1,68 Millionen Jugendliche einen Beruf. Ein Drittel der Lehrlinge konzentrierte sich auf zehn von rund 350 Ausbildungsberufen. Spitzenreiter der Lehrberufe waren wie in den Jahren davor: Kaufmann/-frau im Einzelhandel, Kraftfahrzeugmechaniker/-in, Bürokaufmann/-frau, Industriekaufmann/-frau und Arzthelfer/-in.

Bei den jungen Frauen waren Lehrstellen im Büro, aber auch im Friseurhandwerk und in Arztpraxen besonders begehrt. Die männlichen Lehrlinge zog es eher in die Werkstatt: Auf ihrer Berufswunschliste standen die Ausbildung zum Kfz-Mechaniker, zum Maler und Lackierer oder zum Elektroinstallateur an der Spitze.

54 Prozent der Lehrlinge wurden in Industrie, und Handel ausgebildet, im Handwerk lernten 31 Prozent. Die freien Berufe beschäftigten neun Prozent der Azubis. Je zwei Prozent hatten einen Ausbildungsvertrag im öffentlichen Dienst, in der Landwirtschaft und bei sonstigen Unternehmen.

www.bibb.de
www.bmbf.de
www.destatis.de

Lehrstellen-Einmaleins

Alle Jahre wieder: Je näher der 1. September – und damit der Beginn des Ausbildungsjahres – rückt, umso lauter werden Appelle aus Politik, Verbänden und Arbeitsämtern an die Unternehmen, mehr Lehrstellen einzurichten und junge Erwachsene auszubilden. Im Verlauf des Herbstes wird es ruhiger, und zum Jahreswechsel wird gemeldet, dass rein rechnerisch jeder Bewerber eine Lehrstelle gefunden habe.

Die amtliche Statistik sagt aber nur bedingt etwas über die Realität aus. Einzige Quelle zur Situation bei den Ausbildungsstellen ist die Berufsberatungsstatistik der Arbeitsämter. Diese erfasst jeweils von Anfang Oktober des vorangehenden bis Ende September des laufenden Jahres alle von den Betrieben bei den Arbeitsämtern gemeldeten Ausbildungsstellen und die Interessenten, die mit Hilfe der Arbeitsamtmitarbeiter eine Lehrstelle suchen.

Nicht nur darum ist die Statistik vorsichtig zu interpretieren:

■ Die Unternehmen geben den Arbeitsämtern freie Ausbildungsplätze teilweise erst spät bekannt. Ende Juli 2001 hatten die Unternehmen in den alten Bundesländern 95 Prozent der möglichen Lehrstellen gemeldet. Noch weniger spiegelt die Statistik die tatsächliche Lage in den neuen Ländern wider. Dort werden bis Ende Juli erfahrungsgemäß nur drei Viertel der Stellen angegeben.

■ Viele Unternehmen suchen ihren Nachwuchs auf eigene Faust. Dies kommt vor allem bei kleinen und mittelständischen Betrieben vor, die die wichtigsten Ausbilder sind. Immerhin 63 Prozent der Auszubildenden erhalten in Firmen mit zehn bis 499 Mitarbeitern ihre Ausbildung.

Die meisten Bewerber gehen auf Nummer sicher und melden ihre Ausbildungswünsche beim Arbeitsamt an, obwohl mancher vielleicht andere Ziele im Blick hat. Die Arbeitsämter zählen daher auch die, die sich für ein Studium oder den Besuch einer beruflichen Fachschule entscheiden.

Statistik kontra Realität

Die Wege der jungen Leute verfolgt die „Verbleibsuntersuchung“. Demnach nahmen nicht alle im Ausbildungsjahr 2000/2001 gemeldeten knapp 740 000 Bewerber tatsächlich eine betriebliche Ausbildung auf: Sechs Prozent der Interessenten entschieden sich für den Besuch einer weiterführenden Schule, knapp sechs Prozent besuchten eine Berufsfachschule, und etwas über zwei Prozent begannen ein Studium.

Alle Chancen offen halten wollen sich vor allem junge Leute in Ostdeutschland. Dort lag im Jahr 2001 die Zahl der statistisch erfassten Lehrstellenbewerber um mehr als 70 000 über der echten Ausbildungsplatz-Nachfrage.

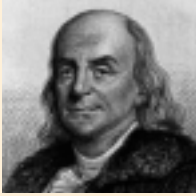
Dass nicht alle Interessenten eine Lehre anstreben, zeigt auch die Prognose der Bundesregierung: Sie rechnete für dieses Jahr mit insgesamt 640 000 Lehrlingen, bis Ende September meldeten sich 526 000. Das sind 7,7 Prozent

weniger als im Vorjahr. Ende September 2002 gab es für 23 383 unvermittelte Bewerber noch 18 005 freie Plätze.

Regional sind Angebot und Nachfrage unterschiedlich verteilt. In den alten Bundesländern gibt es mehr freie Plätze als Bewerber: Auf 100 Interessenten ohne Ausbildungsplatz warten 118 Lehrstellen. Besonders viele freie Plätze stehen in Bayern und Baden-Württemberg zur Auswahl. In Baden-Württemberg beispielsweise sind noch einige Tausend angebotene Ausbildungsplätze nicht besetzt.

In den neuen Ländern bleiben Lehrstellen dagegen weiterhin rar. Für 8 700 nicht vermittelte Interessenten gab es zuletzt magere 729 Angebote. In den neuen Bundesländern bleiben Lehrstellen auf Jahre hinaus knapp. Zwar engagieren sich ostdeutsche Betriebe in der Ausbildung stärker als westdeutsche, doch gibt es zwischen Eisenach und Greifswald nach wie vor zu wenige Unternehmen, die ausbilden können.

Angebot und Nachfrage stimmen zudem in beruflicher Hinsicht häufig nicht überein. Während angehende Azubis nach Berufen in Büro und Verwaltung streben, machen sie vor allem um Ausbildungen im Gastgewerbe und im Nahrungsmittelhandwerk einen Bogen. Fast jeder fünfte Ausbildungsbetrieb konnte



Kapitalanlage

„Eine Investition in Wissen bringt immer noch die besten Zinsen.“

Benjamin Franklin

2001 Lehrstellen mangels Bewerber nicht besetzen. Mittelständler fanden für über sechs Prozent ihrer Lehrstellen keine Interessenten, während bei Großunternehmen dieser Anteil bei gut einem Prozent lag.

Die Hälfte der Unternehmen bemängelt auch, dass sich das Bildungsniveau der Azubis in den vergangenen Jahren spürbar verschlechtert habe. Jedes zehnte Unternehmen bleibt auf offenen Lehrstellen sitzen, weil geeignete Bewerber fehlen. Selbst ein unterschriebener Ausbildungsvertrag bedeutet für die Betriebe keine Entwarnung. Eine Untersuchung des Ifo-Instituts in München hat ergeben: Bei 51 Prozent der befragten Unternehmen kam es vor, dass Azubis trotz Vertrag ihre Ausbildung anschließend nicht antraten.

Förderprogramme statt Lehrstellen

Die jährlich wiederkehrende Diskussion um die Lehrstellen hatte bislang zur Folge, dass der Staat unzählige Förderprogramme aufgelegt hat. Der aktuelle Berufsbildungsbericht 2002 listet sie akribisch auf. Die staatlichen Programme reichen vom Jugendsofortprogramm über diverse Lehrstelleninitiativen Ost bis zur Patenschaftsstelle für Ausbildung. Auch die Förderbanken des Bundes sind eingespannt. Wer zusätzliche Lehrstellen schafft, wird vom Staat belohnt. Die Deutsche Ausgleichsbank (DtA) stellt Firmen günstige Darlehen bis zu 25 000 € für jeden zusätzlichen Ausbildungsplatz zur Verfügung.

Bei den Förderaktivitäten wird übersehen, dass Ausbildungsplätze, ebenso wie Arbeitsplätze, nicht vom Staat, sondern von Unternehmen bereitgestellt werden müssen. Wenn außerdem – rein rechnerisch – jedem Bewerber nur eine Lehrstelle angeboten werden kann, bleibt die berufliche Wahlfreiheit auf der Strecke.

Einig sind sich alle Beteiligten zumindest in einem: Wer heute ausbildet, sichert ein Stück Zukunft. Der jetzt schon spürbare Facharbeitermangel wird sich in den kommenden Jahren verstärken, weil ein Engpass an jungen Leuten absehbar ist. Wie die Lage bei den Lehrstellen dauerhaft gesichert werden kann, ist umstritten.

Die Arbeitgeberverbände sehen in der Schaffung von speziellen Ausbildungsberufen für lernschwächere Bewerber eine Möglichkeit, die Situation zu bessern. Es dürfe nicht länger hingenommen werden, dass für die etwa 10 bis 15 Prozent der Jugendlichen eines Altersjahrgangs, die allgemein als „lernschwä-

cher“ gelten, keine oder kaum adäquate Ausbildungsberufe zur Verfügung stehen. Außerdem plädieren die Arbeitgeber für eine staatliche Mobilitätshilfe, damit Jugendliche Lehrstellen auch weiter entfernt von zu Hause aufnehmen können.

Die Gewerkschaften IG Metall und Verdi fordern eine gesetzlich verankerte Umlage, die ausbildende Betriebe belohnt und Betriebe ohne Lehrstellen bestraft.

Beim letzten Treffen der Hartz-Kommission am 16. August 2002 wurde von den Mitgliedern eine Art Notopfer für Lehrstellen vorgeschlagen. Danach soll jeder Haushalt einmalig 100 € zahlen, damit eine Stiftung zur Unterstützung Jugendlicher bei der Berufsausbildung eingerichtet werden kann. Die Bürger könnten den Stiftungsfonds auch mit Bonuspunkten auf Rabatkarten oder Flugmeilen finanzieren. An der Stiftung sollten sich auch Unternehmen beteiligen.

Die FDP fordert eine grundlegende Reform. Sie

möchte die Berufsausbildung in Module zerlegen. Auf Grundberufe – Basismodule – werden Qualifizierungsbausteine – Aufbaumodule – aufgesetzt, die Spezialisierungen erlauben. Einzelne Module sollen auch im Ausland absolviert werden können.

Bündnis 90/Die Grünen plädieren ebenfalls dafür, Ausbildungsgänge als Bausteine zu konzipieren, die unterschiedlich zusammensetzbar sind. Außerdem soll die Jugendhilfe in die Schaffung von Ausbildungs- und Qualifizierungsangeboten einbezogen werden.

Die SPD will Ausbildungsplätze schaffen, indem regionale Beratungs- und Unterstützungsangebote ausgeweitet werden und der Hochschulzugang für Menschen mit beruflicher Ausbildung erleichtert wird. Ausbildungsplätze in besonders innovativen Bereichen sollen gezielt gefördert werden.

CDU und CSU plädieren dafür, Ausbildungszeiten zugunsten späterer Weiterbildungsmaßnahmen zu verkürzen. Die „duale Berufsausbildung“ mit Verknüpfung von Schule und Berufspraxis soll weiter ausgebaut und gefördert werden. Die Union fordert die beschleunigte Entwicklung von neuen, zukunftsorientierten Ausbildungsberufen.

Die PDS schließlich will, wie die Gewerkschaften, dass jedes Unternehmen an der Finanzierung der Ausbildung beteiligt wird. Wer nicht ausbildet, soll eine Umlage bezahlen.

Azubis fehlen

Zehn Ausbildungsberufe mit besonderem Bewerbermangel

	gemeldet	unbesetzt in Prozent
Fachkräfte für Systemgastronomie	1 817	12,9
Fleischer/-in	5 742	11,2
Bäcker/-in, Konditor/-in	10 254	9,7
Stuckateur/-in	1 058	9,6
Nahrungsmittelfachverkäuferin	17 978	9,5
Glaser/-in	1 025	8,9
Restaurantfachkräfte	10 236	7,2
Zahnmedizinische/r Fachangestellte/r	13 581	6,1
Maurer/-in	5 762	5,6
Dachdecker/-in	2 773	5,4

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft



Plädoyer für blinden Aktionismus?

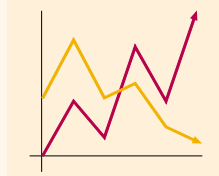
„Die deutsche Sucht nach ewigen Lösungen, die Angst vor Experimenten und der Mangel an Phantasie hemmen die politische Tat.“

Gerhard Schröder

IM KLARTEXT

November 2002

SM Index



Die Soziale Marktwirtschaft im November 2002

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung

Jedes Jahr geben die Arbeitsämter schätzungsweise 2,2 Milliarden € für die Weiterbildung von Arbeitslosen aus. Trotzdem sind rund vier Millionen Menschen arbeitslos. Umso erstaunlicher ist, dass kaum kontrolliert wird,

Bildungsunternehmen

Umsatz in Millionen €

DAA/DAG	363
Internationaler Bund	336
Telekom CSM	245
Dt. Gewerkschaftsbund	240
Deutsche Bahn Academy	226
Euro-Schulen GmbH	215
Bildungswerk Bay. Wirtschaft	193
Volkshochschulen	184
DEKRA	183

Quelle: Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft (BBW), Stand 2000

ob die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sinnvoll eingesetzt werden.

In Zukunft soll die Stiftung Warentest Weiterbildungsangebote untersuchen. Dort wurde mit Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) im Juli 2002 eine neue Abtei-

lung eingerichtet. Für jährlich 20 Weiterbildungstests stehen bis Ende 2005 sechs Millionen € aus Mitteln des BMBF und des Europäischen Sozialfonds zur Verfügung – für geschätzte 35 000 Fortbildungsanbieter mit jährlich 400 000 Kursen. Zu den größten Weiterbildern gehören übrigens gewerkschaftliche Unternehmen.

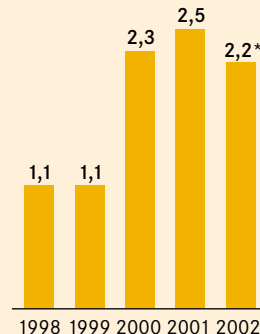
Geldwertstabilität

Mit Einführung des Euro zu Jahresbeginn 2002 macht der Begriff „Teuro“ die Runde. Die Zahlen sagen anderes. In den ersten sechs Monaten stiegen die Verbraucherpreise in Deutschland im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1,6 Prozent. Im letzten Jahr mit der D-Mark waren die Preise um 2,5 Prozent gestiegen.

Im Durchschnitt aller Euro-Länder lag die Teuerung im ersten Halbjahr 2002 bei 1,7 Prozent. Derzeit zeichnet sich für die Eurozone ein stärkerer Preisanstieg ab. Anfang Oktober meldete Eurostat, dass die Teuerungsrate in den

EU-Inflationsraten

Änd. zum Vorjahr in Prozent



* September

Quelle: EZB-Monatsbericht 10/2002

zwölf Euro-Staaten inzwischen bei 2,2 Prozent liege. Im August hatte die Rate noch 2,1 Prozent betragen. Die Teuerung lag zum zweiten Mal in Folge über dem Wert von 2,0 Prozent, den die EZB als Obergrenze für den Erhalt der Preisstabilität festgelegt hat.

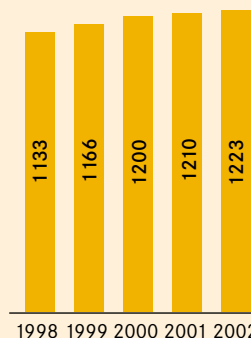
Eigenverantwortung

Allen Beteuerungen von Bundesfinanzminister Eichel zum Trotz steigen die Staatsschulden. Bund, Länder und Gemeinden hatten Ende 2001 die unvorstellbare Schulden-

summe von 1,223 Billionen € aufgehäuft. Dem Bund sind davon rund 720 Milliarden € zuzurechnen, die Länder waren mit 370 Milliarden € verschuldet, der Rest geht zu Lasten der Gemeinden. Folgen der wachsenden Schuldenlast sind Steuererhöhungen, Kürzungen bei den staatlichen Leistungen oder beides. Das schmälert das verfügbare Einkommen des Einzelnen und nimmt ihm die Möglichkeit, seinen Verdienst nach eigenen Vorstellungen zu verwenden.

Staatsschulden

Deutschland, in Milliarden €



Quelle: Dt. Bundesbank, Juni 2002

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstrasse 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: dpa
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de